

DIE AFD IST EINE GEFAHR

FÜR ARBEITNEHMER*INNEN

UND

SOZIALE SICHERHEIT

**FAKTEN & ARGUMENTE
GEGEN DIE AFD**

*Nimm den Flyer mit!
Überzeug dein
Umfeld, nicht die
AfD zu wählen!*



DIE AfD IST KEINE ALTERNATIVE...

Die AfD, behauptet die „kleinen Leute“ zu vertreten oder gar eine „Arbeiterpartei“ zu sein. Doch sie arbeitet offen gegen die Interessen von Arbeitnehmer*innen, Erwerbslosen und Menschen mit geringem Einkommen. Sie greift Gewerkschaften und das, was sie erkämpft haben, frontal an. Die marktradikale Politik der AfD dient vor allem Reichen und würde für Menschen mit mittlerem oder geringem Verdienst de facto Einkommensverluste bedeuten. Dieser Flyer zeigt, wie die AfD einem Großteil der eigenen Wähler*innen in den Rücken fällt.

Nutze die Argumente und widersprich – auf der Arbeit, in der Familie, im Freund*innenkreis.

ABLENKUNG ALS PROGRAMM

Die AfD nutzt eine Strategie der Ablenkung. Statt über die Themen zu sprechen, die für ein gutes Leben für alle relevant sind, macht sie Migrant*innen, queere Menschen oder politisch Andersdenkende zu Sündenböcken für Missstände. Sie sieht soziale Gerechtigkeit nicht als Frage von Arm und Reich, sondern von „innen“ und „außen“ – von Herkunftsdeutschen und „Ausländern“. Am Ende geht es nicht mehr darum, dass es allen besser geht, sondern nur darum, dass es einem selbst besser geht als anderen.



Hier findest du
alle Quellen und
noch mehr Infos

ABGELEHNT

Beibehaltung des
8-Stunden-Tages

ABGELEHNT

Tarifbindung
stärken

ABGELEHNT

Bundes-
tariftreuegesetz

ABGELEHNT

Bessere Arbeits-
schutzkontrollen

ABGELEHNT

Pflegepersonal
besser bezahlen

... FÜR BESCHÄFTIGTE UND GEWERKSCHAFTER*INNEN

Die AfD stellte sich wiederholt gegen höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen sowie Gewerkschafts- und Mitbestimmungsrechte.

Die AfD will das Streikrecht durch Ankündigungspflichten sowie Zwangsschlichtungen einschränken und Tarifverträge nicht mehr von Gewerkschaften aushandeln lassen, sondern durch Betriebsräte, die jedoch deutlich weniger Durchsetzungsmacht haben. So will sie DGB-Gewerkschaften gezielt schwächen, denn sie sind für die AfD der Hauptfeind im Betrieb und ein Hindernis für unternehmerische Flexibilität. Sie fordert stattdessen – wie auch schon die Nazis – ein „gedeihliches Zusammenwirken von Unternehmern und Beschäftigten [...], um betriebliche Ziele zu erreichen“.



... FÜR MENSCHEN MIT GERINGEM UND MITTLEREM EINKOMMEN

ABGELEHNT

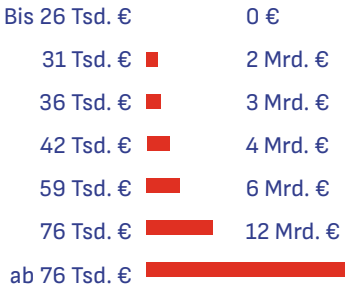
Erhöhung des Mindestlohns

Während alles teurer wird, lehnt die AfD eine Erhöhung des Mindestlohns ab. Ihr Steuerkonzept ist ein Umverteilungsprogramm von unten nach oben: Die AfD ist gegen einen höheren Spitzensteuersatz und will Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie den Solidaritätszuschlag abschaffen. Sie fordert eine pauschale

Einkommenssteuer von 25 Prozent. Von den daraus entstehenden Entlastungen bekäme die ärmere Hälfte der Bevölkerung 4 Prozent, das reichste Zehntel bekäme 75 Prozent. Menschen mit geringem Einkommen hätten dadurch teils sogar weniger Geld. Die entstehenden Milliardenkosten würden Kürzungen an anderer Stelle bedeuten – was zu Lasten von Menschen mit niedrigem Einkommen ginge.

DIE STEUERPLÄNE DER AfD

Brutto-Einkommen pro Jahr



75 % DER ENTLASTUNGEN WÜRDEN AN DAS REICHSTE ZEHNTTEL GEHEN



... FÜR MIETER*INNEN

Eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist ohnehin schon schwer. Die AfD will diese Lage noch verschärfen. Sie ist auf Seite der Vermieter*innen und lehnt jede Forderung ab, die auch nur etwas Erleichterung bringen würde.

ABGELEHNT

Verbesserung des
Mieter*innen-
schutzes

ABGELEHNT

Mietendeckel und
Mietpreisbremse

ABGELEHNT

Mehr sozialer
Wohnungsbau

... FÜR ERWERBSLOSE

Ginge es nach der AfD, soll es erst nach 15 statt wie bisher nach zwei Beitragsjahren ein Jahr Arbeitslosengeld geben, nach drei Beitragsjahren höchstens sechs Monate. Danach droht Zwang zu „Bürgerarbeit“, bei Verweigerung gäbe es nur noch Sachleistungen. Das Arbeitslosengeld sollen nur Menschen erhalten, die nicht selbst gekündigt haben – der Ausstieg aus belastenden Jobs würde erheblich erschwert.

ABGELEHNT

Mehr Geld, weniger
Sanktionen, erleichterte
Weiterbildung im Bürgergeld

„Das Bürgergeld [...] ist ein Anreiz zur Arbeitsvermeidung.“
René Springer, AfD-MdB

DIE AFD IST KEINE ALTERNATIVE...

UNSERE ALTERNATIVE: SOLIDARITÄT!

Im Zentrum der AfD-Ideologie steht die Ungleichwertigkeit von Menschen. Sie grenzt Menschen aufgrund von Herkunft, Religion, Behinderung, geschlechtlicher Identität oder Sexualität aus. Betroffen sind letztlich alle. Gemeinsam gilt es, soziale Errungenschaften wie faire Löhne, Mitbestimmung und soziale Sicherungssysteme wie Renten- und Arbeitslosenversicherung gegen die Angriffe der AfD zu verteidigen. Eine gerechte Gesellschaft ist möglich, aber nur gemeinsam und solidarisch!

ABGELEHNT

Grundrente

ABGELEHNT

Rentenniveau
dauerhaft erhöhen

... FÜR MENSCHEN IM LÄNDLICHEN RAUM

Menschen in ländlichen und strukturschwachen Regionen wählen oft die AfD, obwohl ihre Politik ihren eigenen Interessen entgegensteht. Nötig wären guter ÖPNV, bessere Infrastruktur und sichere Jobs. Zwar verspricht das die AfD, sie liefert aber keine konkreten Pläne für die Umsetzung und Finanzierung oder sie stimmt direkt dagegen:

ABGELEHNT

Bahn- und
Infrastrukturpro-
gramme ausweiten

... FÜR RENTNER*INNEN

Die AfD sagt zwar, dass sie ein höheres Rentenalter ablehnt, fordert aber 45 Beitragsjahre für eine abschlagsfreie Rente. Für viele Beschäftigte in belastenden Berufen würde das Renten-kürzungen bedeuten.

Die gesetzliche Rente soll nur noch die Basis sein, ergänzt durch private Vorsorge auf eigene Kosten und eigenes Risiko, ohne Beteiligung von Arbeitgebern.

ABGELEHNT

Sondervermögen für
strukturschwache
Regionen nutzen

ABGELEHNT

Strukturwandel in
ostdeutschen
Kohleregionen
absichern

... FÜR AUSZUBILDENDE UND STUDIERENDE

Im Wahlprogramm der AfD finden sich keine konkreten Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Auszubildenden und Studierenden. Stattdessen stimmte die AfD immer wieder gegen Anträge, die ihnen Verbesserungen bringen würden.

ABGELEHNT

Mindestvergütung
für Auszubildende

ABGELEHNT

BAföG - existenz-
sichernd und
krisenfest

ABGELEHNT

Elternunabhängige
Grundförderung

WERDE AKTIV!

Als bundesweite Initiative wollen wir Menschen befähigen, kontinuierlich gegen die AfD als parlamentarischen Arm der extremen Rechten vorzugehen.

Das schaffen wir durch Workshops, Demonstrationen, Bündnisarbeit **und deine Unterstützung.**

Wir finanzieren uns ausschließlich durch Spenden

Spendenkonto: Vereinig. d. Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) e. V.

IBAN: DE 90 4306 0967 1214 8918 00

BIC: GENODEM1GLS

Betreff: Aufstehen gegen Rassismus – Spenden gegen die AfD



Spende hier online
über betterplace.org

STAMMTISCHKÄMPFER*INNEN-SEMINARE

Werde stark gegen rechte Parolen! Organisiere ein Seminar oder lerne es selbst zu leiten.

DEMOS UND AKTIONEN

Werde in einer unserer Lokalgruppen aktiv und plane gemeinsam mit anderen Aktionen gegen die AfD!

INFOMATERIAL

Verteile Infomaterial und statte Menschen mit Argumenten gegen die AfD aus! Einfach bestellen auf aufstehen-gegen-rassismus.de/shop

SO ERREICHST DU UNS:



www.aufstehen-gegen-rassismus.de



info@aufstehen-gegen-rassismus.de



[aufstehengegenrassismus](https://facebook.com/aufstehengegenrassismus)



[aufstehen gegen rassismus](https://instagram.com/aufstehen_gegen_rassismus)

V.i.S.d.P.: Thomas Willms, VVN-BdA e.V., Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin